HEIMAT 12.03.2018 | Jochen Steinhilber

Die Suche nach dem Wir-Gefühl

Es braucht keinen neuen Heimatbegriff, sondern Orte, an denen sich Menschen eingebunden und wirksam fühlen.

Der Diskurs über „Heimat“ boomt mal wieder und lässt, wie zu ähnlichen Gelegenheiten in den vergangenen Jahrzehnten, die politische Fieberkurve in Deutschland zuverlässig ansteigen. Vor allem der Linken werden Defizite attestiert: Sie soll entweder endlich ein „unverkrampftes“ Verhältnis zur Heimat oder wenigstens dem Begriff entwickeln, oder in der Diskursauseinandersetzung den Begriff umdeuten und positiv besetzen, damit Heimat auch unter Linken heimisch wird. Welches Problem damit eigentlich gelöst werden soll, bleibt unklar. Anstatt uns in Diskursen über gefühlige Instant-Identitäten zu verheddern, sollte linke Politik sich darauf konzentrieren, wie wir die Menschen wieder in die Lage versetzen, durch eigenes Handeln, politische Urteilskraft und in Kooperation mit anderen aktiv ihre Lebensgrundlagen zu gestalten und darüber eigene stabile Identitäten zu entwickeln.

Haben wir überhaupt ein Problem mit dem Begriff Heimat? Die meisten Menschen gehen heute ganz unverkrampft damit um. Für manche bedeutet Heimat Omas Rezeptbuch, vertraute Landschaften, städtisches Leben oder einfach Zuhause. Andere wollen Flagge zeigen. Und für immer mehr Menschen heißt Heimat, dass sich das WLAN automatisch verbindet. Heimat ist eine Lebensgeschichte, ein sehr persönliches Gefühl der Vertrautheit und Zugehörigkeit. Verkrampft wird es erst dann, wenn dieses private Gefühl politisch verallgemeinert und ideologisch scharfgestellt werden soll. Und wenn einzelne Parteien oder politische Strömungen das Identitätsmanagement für die Bürgerinnen und Bürger übernehmen wollen, indem sie einen fertigen Heimatbegriff anbieten, der vorgibt, wie Heimat auszusehen hat, was bewahrenswert sein soll und wer dazu gehört. Als politischer Kampfbegriff ist „DIE Heimat“ zu beliebig, zu kontaminiert und immer mit Ausgrenzung, Schollenmentalität und Chauvinismus verbunden.

Sicher, es gibt jetzt auch Linke, die versuchen, dem nun mit einem sympathischen Heimatbegriff zu begegnen. Einer der inklusiv sein soll, dynamisch und der Welt zugewandt. Damit soll Bodenständigkeit

demonstriert werden, um dem Eindruck von der angeblich abgehobenen, kosmopolitischen Linken entgegenzutreten, aber ohne die hässlichen Zutaten der völkischen Heimatvertreterinnen und -vertreter. Aber was soll das bringen, und wen will man damit erreichen? Am Ende wird die meiste politische Energie darein fließen müssen, Irritationen zu beseitigen und Abgrenzungen vorzunehmen.

Heimat ist eine Lebensgeschichte, ein sehr persönliches Gefühl der Vertrautheit und Zugehörigkeit. Verkrampft wird es erst dann, wenn dieses private Gefühl politisch verallgemeinert und ideologisch scharfgestellt werden soll.

Denn die heimatpolitische Debatte lenkt von der eigentlichen Frage ab, wie Menschen in der Wahl ihrer eigenen Identität frei sein können. Wenn sich etwas verallgemeinern lässt, dann, dass Menschen mit Orten, mit denen sie sich identifizieren, Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit, Teilhabe und Kontrolle über die eigene Biografie verbinden. Und hier liegt nicht erst seit gestern einiges im Argen. Die Integration von Geflüchteten spielt dabei die geringste Rolle. Bereits vor 20 Jahren beschrieb der Soziologe Richard Sennett, wie der neue auf Kurzfristigkeit und schnelle Gewinne ausgerichtete globale Kapitalismus den „flexiblen Menschen“ erfordert: Wer nicht bereit ist, sich an die Zumutungen der beschleunigten Ökonomie anzupassen, sich permanent neu zu erfinden, hat ein Problem. Indem dem flexiblen Menschen die Gewissheit über seine eigene Erwerbsbiografie und das Vertrauen auf soziale Sicherheit abhandengekommen sind, wächst die Sehnsucht nach anderen Orten der Verwurzelung, der Anerkennung und der Gemeinschaft.

Heute sind wir an einem Punkt, an dem der Kapitalismus als durchökonomisierte Lebensform, in der der Mensch lediglich auf den eigenen Nutzen reduziert ist, weniger als Verheißung auf ein selbstbestimmtes Leben erscheint, denn als Zwang, sein eigenes Leben permanent marktkonform optimieren zu müssen. Das Sicherheitsversprechen der Moderne, das sich auf die immer bessere Beherrschung von Risiken und den sozialen Fortschritt stützt, erfüllt sich für viele nicht mehr, etwa angesichts der massenhaften Ausdehnung des Niedriglohnsektors oder geringer Rentenerwartungen. Weite Teile der Mittelklasse haben Angst vor dem Absturz und empfinden die starke Ungleichheit als inakzeptabel. Hinzu kommt, dass mit dem Verweis auf politische Sachzwänge und Alternativlosigkeit schon seit Jahrzehnten die

gesellschaftliche Auseinandersetzung ausgedörrt und demokratisches Engagement entwertet wurde. Heute fühlen sich viele Menschen mit ihren Bedürfnissen und Biografien von staatlichen Institutionen und ihren Verantwortlichen nicht mehr repräsentiert. Zugleich finden sie aber auch keine Zugänge mehr, sich zu verorten und politisch auszudrücken, wie beispielsweise lange Zeit durch die politischen, sozialen und kulturellen Angebote der Organisationen der Arbeiterbewegung.

Keines dieser Probleme wird durch das Angebot von Heimatschablonen gelöst werden. Linke Politik will und muss sozialen Zusammenhalt gestalten und Emanzipation ermöglichen. Gemeinsam zu verändern, statt sich zu trösten. Das war immer ihr Angebot und es bleibt richtig. Dazu gehört, dass die Grundversorgung stimmen muss: gute Arbeit, ein starker Sozialstaat, ein inklusives Bildungssystem, der Anschluss an die digitale Welt, die Möglichkeit, mit öffentlichem Transport von A nach B zu kommen, und bezahlbare Mieten. Aber wir brauchen auch wieder eine Praxis der Demokratie, die die Menschen auffordert und es ihnen erlaubt, mit ihrem politischen Denken und sozialen Handeln etwas zu bewirken. Voraussetzung ist, dass die Menschen wieder ernst genommen werden, sicher auch mit ihren Ängsten, aber vor allem mit ihren Fähigkeiten, Gesellschaften gemeinsam mit anderen aktiv zu gestalten.

Politik und demokratische Erneuerung müssen vor allem im Nahbereich der Menschen beginnen: in der Nachbarschaft, in der Wirtschaft, am Arbeitsplatz, in Schulen und Universitäten, in der Kommune.

Mitdenken, Mitentscheiden, Mitgestalten. Damit dies auch für diejenigen möglich ist, die nicht so beweglich sind, die mit ihren Orten eher schicksalhaft verbunden sind und heute am schwersten an den Krisen und gesellschaftlichen Widersprüchen zu tragen haben, müssen Politik und demokratische Erneuerung vor allem im Nahbereich der Menschen beginnen: in der Nachbarschaft, in der Wirtschaft, am Arbeitsplatz, in Schulen und Universitäten, in der Kommune. Denn während Rechtspopulisten versuchen, die Unübersichtlichkeit des sozialen und politischen Umfelds durch neue Freund/Feind-Schemata zu reduzieren und so eine Kultur der Unselbständigkeit und des Nichtverstehens fördern, müssen wir dazu beitragen, dass die Menschen sich die Welt wieder selbst aneignen können – und dass daraus Sinn und Gemeinschaft entsteht.

Leicht lässt sich das nicht umsetzen, aber es gibt konkrete Ansatzpunkte:

So eröffnen mehr wirtschaftsdemokratische Elemente auf betrieblicher Ebene, etwa die Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung, die Gestaltungsspielräume für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und zwar genau dort, wo sich viele Konflikte bei den laufenden und anstehenden Transformationsprozessen am stärksten manifestieren, sei es mit Blick auf Digitalisierung oder ökologische Nachhaltigkeit. Heute noch in der Nische, können auch weitergehende Ansätze der solidarischen Ökonomie, wie Energiegenossenschaften, Arbeiterkooperativen oder offene Werkstätten nicht nur lokale Ökonomien stärker wieder an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten, sondern auch die kreativen und kooperativen Fähigkeiten von Menschen freisetzen.

Parteien wiederum müssen ohne Zweifel den Anspruch haben, staatliche Institutionen zu nutzen und zu gestalten. Aber sie müssen sich gerade vor Ort wieder stärker zu Gesellschaftsparteien entwickeln, die in engem Austausch mit Menschen und Initiativen stehen, die Lösungen suchen oder an ihnen arbeiten. Politik ist hier nicht nur auf den Machtgewinn in den Institutionen beschränkt, sondern stößt durch gesellschaftliche Kooperationen und Bündnisse konkrete Veränderungen jenseits der Regierungsebene an. Gerade die SPD hat mit ihren nach wie vor zahlreichen Mitgliedern hierfür eine gute Basis. Kommunen sind eigentlich starke Einheiten, deren Selbstbestimmungsrecht im Grundgesetz verankert ist. Die geringe Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen zeigt jedoch, dass die Bürgerinnen und Bürger der Kommunalpolitik nur wenig zutrauen. Das liegt auch an einer Politik, die Kommunen unterfinanziert lässt und durch Privatisierungen der öffentlichen Infrastruktur kommunalen Gestaltungsspielraum aus der Hand gegeben hat. Das muss sich ändern. Denn die Kommune gestaltet das unmittelbare Lebensumfeld entscheidend mit.

Jenseits von Bürgerentscheiden gibt es viele Beispiele von Mini-Öffentlichkeiten, die politische Entscheidungen auf kommunaler Ebene orientieren und lokale Politik erfahrbar machen. Sie reichen von lokalen „Konsultativen“ (Claus Leggewie) zur Energiewende und zum öffentlichen Transport, über Bürgerhaushalte und Bürgerjurys, die über soziale Projekte entscheiden, bis hin zu kommunalen Versionen des mittlerweile berühmten „Ameisenhügels“ in Island: Dort haben zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger Vorschläge für eine neue Verfassung ausgearbeitet, die anschließend über soziale Medien von weiten Teilen der Bevölkerung kommentiert wurde (schließlich aber durch die neue konservative Regierung im Parlament blockiert wurde). Hier geht es nicht um Konkurrenzinstitutionen für Parlamente und Magistrate, sondern um neue Wege, demokratische Repräsentation mit neuen demokratischen Formen zu verbinden, die die Ideen der Vielen

nutzen und den Austausch fördern. Dies kann nicht nur zu sachgerechteren und praxistauglicheren Antworten führen, sondern auch zu einem Wir-Gefühl jenseits der Identitätspolitik von rechts. Demokratie als Alltagspraxis gibt jedem die Chance, in einer komplexen Welt wirksam zu werden. Sie schärft das Bewusstsein dafür, dass die meisten Menschen künftig ihr Leben nur dann selbst bestimmen und individuell gestalten können, wenn wieder gesellschaftliches und solidarisches Denken und gemeinschaftliche Interessen im Vordergrund stehen. Und schließlich kann sie mit dem Fatalismus brechen, dass nichts verändert werden kann, und den Glauben an offene und gestaltbare Zukunft wecken.

Dies setzt ein Staatsverständnis voraus, das Bürgerinnen und Bürger nicht nur als passive Empfänger von Dienstleistungen sieht, sondern als „produktive“ Gesellschaftsmitglieder. Der Staat, der in den letzten Jahren vor allem als Krisenmanager dort in Erscheinung trat, wo die Märkte versagten, muss künftig beides leisten: Zum einen muss er seine Institutionen so instandsetzen, dass sie die Aufgabe des Zähmens und Regulierens vor allem der globalen Ökonomie wieder erfüllen können. Vieles davon wird sich nur in Kooperation mit anderen Staaten umsetzen lassen. Zum anderen muss der Staat als „Ermöglicher“ (Elinor Ostrom) die Erschließungswerkzeuge – soziale Räume, Plattformen, Wissen, Finanzen – für gemeinwohlorientierte Projekte und demokratische Experimente zur Verfügung stellen.

Politik darf nicht versiegelt sein gegenüber den Ängsten der Gesellschaft. Und sie muss die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Und weder nostalgische Heimatkonzepte noch paternalistische Ansätze werden hier auf Dauer tragfähig sein. Menschen wollen nicht in ihren Sorgen bestätigt und damit darin gefangen gehalten werden, sondern sich von ihnen befreien – durch die Erfahrung, aus eigener Kraft zu einem gelingenden Leben beitragen zu können. Heimat muss dann nicht politisch konstruiert und von außen herangetragen werden, sondern darf wieder durch die Menschen selbst und zwischen ihnen entstehen. Ganz bescheiden.



Jochen Steinhilber

Berlin

Jochen Steinhilber war Abteilungsleiter beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für den Bereich Flucht, Krisenprävention und Zivilgesellschaft. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählten die internationale Entwicklungsagenda, sozial-ökologische Transformationsprozesse sowie Fragen der globalen Ökonomie.